

Personalräte-/Vertrauensleuteschulung

im

Landidyll Hotel „Zum Frieden“ / Bad Iburg

Vom 15. Okt. 2007 - 9.30 Uhr bis 16. Okt. 2007 ca. 17.00 Uhr

Zur Arbeit der Personalvertretungen der Schulen auf der Grundlage rechtlicher Vorgaben bei sich verändernden Befugnissen - Stand Herbst 2007.

Als Referenten sind eingeladen:

- Tilman Schieferdecker, Schulbezirkspersonalrat
- Heidemarie Krall, Rechtsberaterin bei der Landesrechtsschutzstelle - GEW Niedersachsen
- Hubert Kohnen, Schwerbehindertenvertretung bei der Landesschulbehörde - Außenstelle Osnabrück

Sonderurlaub:

- für Personalräte nach §40 PersVG
- für Vertrauensleute – GEW- Mitglied - nach §3 – sonst nach §2 der SurlVO beantragen!
- Achtung: Kostenübernahme nach §37 Abs.1 Nds. PersVG nicht beantragen, sonst wird der Sonderurlaub nicht genehmigt!

Bitte zur Schulung den Ordner „Arbeitsplatz Schule“ oder eine andere aktuelle Gesetzes-sammlung mitbringen!

Kosten: Für GEW-Mitglieder ist die Teilnahme kostenlos - Nicht-Mitglieder: 40,00 Euro - Einzelzimmerzuschlag für alle TN: 15,00 Euro

Für jeden jungen Menschen in Deutschland muss eine Ausbildung garantiert werden – Petition „Grundrecht auf Ausbildung“ unterstützen!

Von Dr. Stephanie Odenwald, Leiterin des Vorstandsbereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung - GEW-Hauptvorstand



In vielen Bundesländern hat die GEW in diesem Jahr Aktionen nach dem Motto „Ausbildung für alle“ gemeinsam mit dem DGB organisiert. Aufgerufen waren insbesondere Schulabgängerklassen, Ausbildung suchende Jugendliche und ihre Lehrerinnen und Lehrer. In öffentlichen Veranstaltungen oder im Zusammentreffen mit Abgeordneten der Landtage wurde auf die Ausbildungsnot hingewiesen und die staatliche Verantwortung für Ausbildung eingefordert. Nun startet im September 2007 eine Petition an den Bundestag für das Grundrecht auf Ausbildung. Online kann bis Mitte Oktober unterschrieben werden (siehe www.ausbildung-fuer-alle.de), während die Unterschriftensammlung vor Ort bis Ende des Jahres 2007 befristet ist. Diese Petition wurde von der hessischen Landes-schülervertretung initiiert, Schülervertretungen aus anderen Bundesländern schlossen sich an, DGB und GEW sagten ihre Unterstützung zu, schließlich fanden sich auch ver.di und IGM bereit, die Petition zu sponsern.

Die Petition zielt darauf, dass alle, die sich für eine Ausbildung bewerben, einen Ausbildungsplatz erhalten. Niemand soll in der Hoffnungslosigkeit und Resignation landen, sich aufs Wartegleis abgeschoben fühlen. Denn eine „Generation abgeschoben“ können wir uns nicht leisten, weder in sozialer noch ökonomischer Hinsicht. Kinder

und Jugendliche brauchen eine Perspektive und Ziele, wofür sie lernen. Sie brauchen die Gewissheit, geschätzt und gebraucht zu werden. Die Zwölfjährige deren Schwester oder Bruder vergeblich einen Ausbildungsplatz sucht, wird sich Gedanken darüber machen, wofür sie selbst lernt. Was am Ende der Schulzeit mit Hunderttausenden von Jugendlichen Jahr für Jahr geschieht, ist ein Wahnsinn, der sich auf die allgemeinbildenden Schulen massiv auswirkt. Die Lehrerinnen und Lehrer erleben dies hautnah mit. Ihre Schülerinnen und Schüler sind es, die trotz zahlreicher Bewerbungen abgelehnt werden, keine Ausbildung anfangen können, sondern in einem Übergangssystem aufgenommen werden, das inzwischen das duale System fast überholt hat. Dieser Zustand kann nicht so bleiben. Ausbildung für alle muss selbstverständlich werden.

Die GEW wendet sich gegen jegliche Stigmatisierung von Jugendlichen. Die Argumentation, dass die mangelnde Ausbildungsreife den erfolgreichen Übergang in Ausbildung verhindere, schiebt den Jugendlichen den schwarzen Peter zu. Ausbildungsreife ist wie Studierfähigkeit ein Entwicklungsprozess und sollte nicht instrumentalisiert werden, um das Versagen des Ausbildungssystems zu beschönigen. Solange es bis in die Mitte der siebziger Jahre ausreichend Ausbildungsplätze gab, haben auch lernschwächere Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten.

Der heutige Ausbildungsmarkt und gestiegene Anforderungen führen dazu, dass viele der Bewerber von vornherein ausgegrenzt werden. Besonders trifft das für Jugendliche mit Migrationshintergrund zu. Nur jeder fünfte erhält direkt nach dem Abschluss der allgemeinbildenden Schulzeit eine Lehrstelle. Diese Jugendlichen werden am ehesten als nicht ausbildungsreif abgestempelt. Was ausbildungsreif bedeutet, ist im „Katalog der Ausbildungsreife“ definiert, einem Produkt des Ausbildungspaktes. Wer einmal als nicht ausbildungsreif klassifiziert worden ist, wird zum Fall für besondere Fördermaßnahmen. Diese sind zweifellos sinnvoll für die Gruppe der lernbehinderten und vielfach benachteiligten Jugendlichen, damit sie auf den Übergang in Ausbildung vorbereitet werden. Dazu gehört jedoch nur einen kleiner Teil derjenigen, die am Ausbildungsmarkt leer ausgehen. Lernversäumnisse in bestimmten Bereichen dürfen kein Grund sein, Jugendlichen eine Ausbildung zu verweigern.

Nach wie vor nimmt der Ausbildungsmarkt Hunderttausende nicht auf. Die Erfolgsmeldungen über steigende Ausbildungszahlen sind nur ein Teil der Wahrheit. Nach den Angaben der BA (30.8.2007) zählen im August 161.200 Bewerberinnen als unversorgt. 85.900 Ausbildungsplätze waren noch nicht besetzt. Genannt wird die Zahl von 317.700 Ausbildungsverträgen bis Ende Juli, die allerdings weit unter der Zahl der Bewerber liegt. Von Oktober 2006 bis August 2007 haben insgesamt 710.900 Bewerber die Ausbildungsvermittlung bei der Suche nach einer Lehrstelle eingeschaltet (21.700 weniger als im Vorjahr). Zugleich wurden 458.200 Ausbildungsplätze gemeldet (40 300 mehr als im Vorjahr). Dazu die BA: „Der Anstieg beruht größtenteils auf mehr außerbetrieblichen Stellen (plus 27.400 auf 42.000). Die Zunahme der Zahl der Ausbil-

dingsplätze für außerbetriebliche Ausbildungen geht auf die Zusage der BA zurück, im Rahmen des Ausbildungspaktes zusätzliche Lehrstellen für Jugendliche mit Migrationshintergrund einzurichten.“ Im Vergleich dazu ist die Zahl der betrieblichen Stellen nur gering gewachsen, die Zahl von 415.500 stieg um 12.900. Nach den hier genannten Zahlen bleiben fast 400.000 Bewerber ohne Ausbildungsvertrag. Was wird aus ihnen? Ein Teil bewirbt sich weiter und wird in der Statistik der BA weiter als ausbildungsuchend geführt. Die anderen geben ihre Bewerbung ganz oder bis zur nächsten Runde auf und entscheiden sich für Alternativen. Bei der nächsten Bewerbungsrunde gehören sie zu den sogenannten Altbewerbern, die inzwischen einen Anteil von 50% einnehmen. Irgendwann nach dem x-ten Versuch resignieren viele. Die Folge ist, dass der Anteil der ungelerten im Alter zwischen 20 und 29 in den letzten Jahren gestiegen ist und ca 15 % beträgt. Gleichzeitig wird über Fachkräftemangel geklagt und beschworen, dass jegliches Potential ausgeschöpft werden muss.

Welche Konsequenzen zieht die GEW daraus? Die Ausbildung der Jugendlichen darf nicht dem Markt überlassen bleiben. Die von der Regierung im August 2007 angekündigte Qualifizierungsoffensive muss sich dem Problem stellen, auch für diejenigen Jugendlichen eine Ausbildung anzubieten, die nicht im dualen System unterkommen. Die Einführung von Ausbildungsbausteinen als Teil der Qualifizierungsoffensive läuft ins Leere, wenn sie nicht anerkannter und anzurechnender Teil einer von Anfang an garantierten Ausbildung sind. Ausbildungsbausteine allein lösen das Problem der fehlenden Ausbildungsplätze nicht. Ein konkretes Ziel ist die Forderung, das Übergangssystem ab- und

umzubauen und in vollqualifizierende Ausbildung umzuwandeln. Das ist realisierbar, wenn Betriebe, überbetriebliche Ausbildungszentren, außerbetriebliche Ausbildung anbietende Träger und berufsbildende Schulen miteinander kooperieren. Das duale System braucht eine systematische Ergänzung durch Ausbildung an anderen Lernorten. Im novellierten Berufsbildungsgesetz wurde im § 43,2 ausdrücklich voll qualifizierende Ausbildung mit Kammerprüfung in Berufsbildenden Schulen geregelt, die Umsetzung muss endlich in Angriff genommen werden.

„Das duale System braucht eine systematische Ergänzung durch Ausbildung an anderen Lernorten.“

Die GEW ruft alle Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, sowie Eltern auf sich an der Petition „Grundrecht auf Ausbildung“ zu beteiligen.

Die regierenden Parteien sowie die Oppositionsparteien sind aufgefordert, sich für ein Recht auf Ausbildung auszusprechen.



http://www.ausbildung-fuer-alle.de/index_html/

*Die Schwachen kämpfen nicht.
Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang.
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre.
Die Stärksten kämpfen ihr Leben lang.
Diese sind unentbehrlich.*

Bertolt Brecht